

be  
ng  
nk  
fu  
tiv

WV  
ZuB  
2006

Willicher Nachrichten

# Schwebendes Verfahren - Belastung für die Bürger

## Überparteiliche Initiative fordert von der Bezirksregierung Entscheidung im laufenden Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens MG.

Stadt Willich – Im Rahmen einer überparteilichen Initiative unter anderem der Städte Willich und Korsechenbroich, der vier großen Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne sowie von Bürgerinitiativen und einzelnen unmittelbar betroffenen Bürgern gehen in diesen Tagen mehrere Schreiben an den Regierungspräsident Jürgen Büssow in Düsseldorf. Inhalt ist die Bitte, eine Entscheidung im laufenden Planfeststellungsverfahren zum beantragten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mön-

chengladbach (VLMG) zu treffen. Diese Forderungen enthält auch das vierseitige, vom Fraktionsvorsitzenden Franz-Josef Stapel und Ratsmitglied Ulrich Mischke unterschriebene Schreiben der Willicher FDP. Die Liberalen gehen in diesem Schreiben davon aus, dass sich die Bezirksregierung durch die zweimaligen mündlichen wie schriftlichen Ankündigungen des Vorsitzenden des Planfeststellungsverfahrens, die Bezirksregierung, werde bis Ende des Jahres 2005 beziehungsweise im

1. Halbjahr 2006 eine Entscheidung über den Ausbauantrag erstellen, selbst dahingehend gebunden hat, dass sie zu einer Entscheidung verpflichtet ist. Insbesondere betonen sie, im Gegensatz zu den Ausführungen des Vorsitzenden des Planfeststellungsverfahrens, dass der Antrag auf einen erheblichen Ausbau des Flugplatzes MG sofort weitreichende negative Wirkungen auf die anliegenden Kommunen und die Bewohner im Umfeld des Flugplatzes auslöse. Weiter auf Seite 2.

# Hausaufgaben abliefern

## Schwebendes Verfahren in Sachen Flughafen behindert die kommunale Planung.

Fortsetzung von Seite 1

Stadt Willich – Diese hielten an, solange die Ausbaupläne nicht vom Tisch seien beziehungsweise der Ausbauantrag nicht abgelehnt worden sei. Bereits heute seien die Grundstückspreise in Teilen von Willich wegen der Ausbaupläne am Flughafen gefallen. Viele Bürger lehnten es ab, in den betroffenen Kommunen ein Baugrund-

stück zu kaufen, dort zu bauen, ihr bestehendes Haus zu renovieren oder auszubauen oder dort überhaupt eine Wohnung anzumieten. „Wir halten es mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nur sehr schwer vereinbar, dass ein Antragsteller eine Entscheidung über seinen Antrag beliebig hinausschieben darf, obwohl er mit seinem Antrag erhebliche Probleme auslöst“, betont Ulrich Mischke. In Absprache mit

dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Airpeace, Martin Rottke, der gemeinsam mit Ulrich Mischke diese Initiative erarbeitet und gestartet hat, wird angeregt, notfalls der Antragstellerin eine angemessene, aber auch nicht zu lange Frist zu setzen, in der sie ihre „Hausaufgaben“ abzuliefern hat. Nach dieser Frist sollte die Bezirksregierung auf jeden Fall nach Aktenlage entscheiden.